

Wir beantragen namens und in Vollmacht der Antragsteller in Wege einer einstweiligen Anordnung nach § 123 VwGO ohne mündliche Verhandlung wegen Dringlichkeit durch den Vorsitzenden allein zu entscheiden wie folgt:

- I. Der Antragsgegner hat es zu unterlassen, auf seinem Anwesen Geißäckerweg 5, FlSt. 799/8, der Gemarkung Dittelbrunn, eine Amateur-Funkanlage durch Aufstellen von Funkmasten und Funkantennen außerhalb der Baugrenzen und ohne räumlichen Zusammenhang mit den Garagen in nicht gleicher Baugestaltung zu errichten.
- II. Dem Antragsgegner wird angedroht, daß für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die in Ziff. I ausgesprochene Verpflichtung ein Ordnungsgeld bis zu 500.000,00 DM und für den Fall, daß dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft bis zu sechs Monaten festgesetzt werden kann.
- III. Der Antragsgegner hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Begründung:

1.
Die Antragsteller sind Eigentümer der in unmittelbarer Nachbarschaft des Anwesens des Antragsgegners liegenden Grundstücke am Geißäckerweg bzw. Binsigweg in Dittelbrunn. Der Antragsgegner ist Eigentümer des Anwesens Geißäckerweg 5 in Dittelbrunn. Die Wohnhäuser im betreffenden Gebiet wurden seit 1994 errichtet.

Die Grundstücke der Verfahrensbeteiligten liegen in einer Neubausiedlung mit enger bebauung.

Glaubhaftmachung: Auszug aus dem Katasterwerk der Gemarkung Dittelbrunn in Kopie

Bei der Bebauung dieses Neubaugebietes sind durch den Bebauungsplan der Gemeinde Dittelbrunn strenge Anforderungen gestellt worden, um eine einheitliche Bebauung und einen harmonischen Gesamteindruck des Baugebietes zu erreichen.

Glaubhaftmachung: Auszug aus dem Bebauungsplan der Gemeinde Dittelbrunn in Kopie

2.
Der Antragsgegner hat nunmehr am 06.08.1996 begonnen, auf seinem Anwesen Bauarbeiten vorzunehmen, um eine Amateur-Funkanlage zu betreiben. Im einzelnen hat er begonnen, Baugruben auszuheben, um Funkantennen und Funkmasten aufzustellen.

3.
Obwohl es sich bei der Errichtung dieser Sendeanlage um eine nach Art. 69 Abs. I Ziffer 25 BayBauO nicht genehmigungspflichtige Anlage handelt, werden die Antragsteller durch die Errichtung und den Betrieb der Funkanlage in der Benutzung ihrer Grundstücke sowie ihrer Gesundheit nicht nur unwesentlich beeinträchtigt.

Dies ergibt sich aus folgenden Ausführungen:

a)
Durch die Funkanlage, die der Antragsgegner auf seinem Grundstück errichten will, sind erhebliche Beeinträchtigungen des Wohngebietes zu befürchten. Der Bau der beabsichtigten 10 m hohen Metallantenne überschreitet in seiner Höhe die umliegenden Nachbarhäuser erheblich und ist weithin sichtbar. Eine solche Anlage läuft auch den Absichten des bestehenden Bebauungsplans der Gemeinde Dittelbrunn sowie § 14 BauNVO zuwider, da sie weder dem Nutzungszweck der in dem Baugebiet gelegenen Grundstücke noch dem Baugebiet selbst dient und in seiner Art der Eigenart des Baugebietes entgegensteht und das Wohngebiet dadurch verunstaltet.

Die Errichtung der geplanten Funkanlage ist für den Antragsgegner zudem auch nicht notwendig, da das Neubaugebiet an das Breitbandkabelnetz der Telekom angeschlossen ist. Vorliegend handelt es sich rein um die Ausübung eines Hobbys durch den Antragsgegner, wobei dieser sämtliche nachbarschaftliche Regeln außer Acht läßt.

b)

Gemäß Ziff. 5 der Festsetzung des Bebauungsplans der Gemeinde Dittelbrunn sind Nebenanlagen nur innerhalb der Baugrenzen zulässig, wobei sie im räumlichen Zusammenhang mit den Garagen und dann auch nur in gleichen Baugestaltungen zu errichten sind.

Glaubhaftmachung: Auszug aus dem Bebauungsplan der Gemeinde Dittelbrunn in Kopie

Hiergegen verstößt der Antragsgegner, da er die Funkmasten und Funkantenne auf seinem Grundstück sowohl außerhalb der vorgegebenen Baugrenze errichtet und sich hierbei auch nicht an den räumlichen Zusammenhang mit den Garagen hält. Die Baugruben werden in einer Entfernung von ca. zehn und fünfzehn Metern von den Garagen ausgehoben.

Der Gemeinderat der Gemeinde Dittelbrunn hat in seiner Sitzung am 15.07.1996 beschlossen, bezüglich der Nebenanlagen unter Zif. 5 folgenden Satz anzufügen:

"Stationäre Funk- und Sendeanlagen sind nicht zulässig (§ 14 I 3 BauNVO)".

Damit soll eine Beeinträchtigung des städtebaulichen Bildes verhindert werden, da die Errichtung von Sendeanlagen der Eigenarten von allgemeinen und reinen Wohngebieten widerspricht, zumal nicht vorhersehbar ist, wieviel Anlagen eventuell errichtet werden könnten. In einer weiteren Sitzung beschloß der Gemeinderat nochmals eine weitere Änderung bezüglich der Errichtung von Nebenanlagen. Die Änderungen des Bebauungsplanes sind jedoch vom zuständigen Landratsamt Schweinfurt noch nicht genehmigt, so daß die fehlende Genehmigung allein noch kein Verstoß des Antragsgegners gegen öffentlich-rechtliche Bauvorschriften darstellt, die die zuständige Behörde zum Einschreiten gegenüber dem Antragsgegner durch Untersagung der Errichtung im Hinblick auf die Bebauungsplanänderung berechtigt. Dies hat zur Folge, daß der Antragsgegner derzeit ohne Befürchtung von Sanktionen durch die zuständige Behörde sein Vorhaben durchführt und sich später auf geschaffene Fakten und damit auf Bestandsschutz berufen wird. Ob eine dann bereits bestehende Anlage wieder zu beseitigen sein wird ist völlig ungewiß.

Auch insoweit ist eine gerichtliche Eilentscheidung notwendig, um Vorhaben, die diesem Zweck widersprechen, von vorn herein zu unterbinden, so daß Beeinträchtigung und Rechtsverluste vermieden und keine Bestandskraft geschaffen wird.

c)

Die Antragsteller befürchten zu Recht, in ihrem Eigentum Beeinträchtigungen durch Wertverlust ihrer angrenzenden Grundstücke hinnehmen zu müssen für den Fall, daß die geplante Funkanlage durch den Antragsgegner errichtet wird.

Eine solche Anlage, die von allen Seiten, damit sowohl von den direkt angrenzenden Grundstücken wie auch den mittelbaren Nachbargrundstücken einsichtig ist, stellt eine erhebliche Beeinträchtigung dar, die zur Wertbeeinträchtigung der Grundstücke führt.

Die Antragsteller haben sich beim Kauf ihrer Grundstücke darauf verlassen können, daß die im Bebauungsplan aufgestellten Regeln eingehalten und keine Bauten oder Anlagen außerhalb der Baubeschreibung errichtet oder betrieben werden. Insoweit gingen die Antragsteller davon aus, daß es bei dem Charakter eines reinen Wohngebietes bleibt, ohne wertbeeinträchtigende gewerbliche oder sonstige Bauten, auch nicht mit verschandelnden und weit hin sichtbaren Nebenanlagen wie die geplante Funkanlage des Antragsgegners, befürchten zu müssen.

Die geplante Anlage soll nur wenige Meter von der Terrasse des Antragstellers zu 7.) errichtet werden. Der Antragsgegner zu 7.) wird deshalb bei jedem Aufenthalt auf seiner Terrasse die 10 m hohe Anlage unmittelbar vor Augen haben. Das Grundstück des Antragstellers zu 7.) wird hierdurch erheblich entwertet.

d)

Von der Funk- und Sendeanlage des Antragsgegners werden bei Inbetriebnahme erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen ausgehen, die durch Abstrahlung hoher elektromagnetischer Sendeleistungen im Kurzwellenbereich hervorgerufen werden. Dies, im allgemeinen als "Elektrosmog" bekannt, beeinträchtigen das psychische Wohlbefinden und kann zu erheblichen gesundheitlichen Gefahren führen. Insoweit ist der Schutz gegen diese Gefahren sowie vermeidbare Nachteile und Belästigungen, wie ihn Art. 15 Bayer. Bauordnung vorsieht, nicht mehr gewährleistet.

Außer der Gefahr der gesundheitlichen Beeinträchtigungen besteht weiterhin die Gefahr, daß es durch die Sendeanlage selbst zu Schäden an Nachbargrundstücken oder Personenschäden kommen kann, da eine ordnungsgemäße Errichtung der Funk- und Sendeanlagen des Antragsgegners durch diesen nicht gewährleistet werden kann. Ein Sendemast mit einer Höhe von bis zu 10 m muß durch weit nach außen versetzte Haltevorrichtungen (Drahtseile) zusätzlich gesichert werden, damit entsprechende Standfestigkeit im Hinblick auf Witterungseinflüsse, vor allem bei Sturm, gewährleistet ist.

Hierbei ist es dem Antragsgegner nicht möglich, innerhalb der durch den Bebauungsplan vorgeschriebenen Errichtungsmöglichkeiten, nämlich innerhalb der Baugrenze, Masten und Befestigungen unterzubringen. Der Antragsgegner wird daher den notwendigen Abstand sowohl der Antennenanlage als auch der Befestigungen derselben zu den Nachbargrundstücken nicht einhalten, so daß ein Verstoß gegen Art. 6 BayBauO zu besorgen ist.

Auch eine Gefahr des Umstürzen bei starken Winden innerhalb der engen Bebauung auf angrenzende Häuser bzw. die öffentliche Straße Geißbäckerweg vor dem Anwesen des Antragsgegners ist gegeben. Dies umso mehr, da laut eigenen Angaben des Antragsgegners seine vorherige Sendeanlage an seinem alten Wohnort bereits einmal bei starken Wind zu Fall gekommen ist.

Weiterhin sind bei dem Betrieb einer solchen Anlage Störungen der unliegenden elektrischen Netze sowie des Rundfunk- und Fernsehempfangs durch Ausstrahlung elektrischer Energien zu befürchten.

All dies stellt - ebenso wie die zu befürchtenden Immissionen die von der Sendeanlage ausgehen - keine unwesentliche Beeinträchtigung dar, die die Antragsgegner hinzunehmen hätten.

4. Mit Schreiben der Antragsteller vom 01.07.1996 wurde der Antragsgegner gebeten, von seinem, den nachbarschutzrechtlichen Normen zuwiderlaufendem Verhalten Abstand zu nehmen.

Glaubhaftmachung: Schreiben vom 01.07.1996
in Kopie

Statt hierauf einzugehen hat der Antragsgegner, wohl nach Bekanntwerden des Beschlusses des Gemeinderates Dittelbrunn vom 15.07.1996, um Fakten zu schaffen und Bestandsschutz herbeizuführen, nunmehr umgehend mit den Bauarbeiten zur Errichtung der Funk- und Sendeanlage begonnen. Es ist daher dringend geboten, den Antragsgegner durch eine gerichtliche Entscheidung vom seinem Tun abzuhalten, um Rechtsverlust der Antragsteller zu vermeiden.

Nach einer Abwägung der Interessen des Antragsgegners auf freie Persönlichkeitsentfaltung und seinem Grundrecht auf Informationsfreiheit mit den Interessen der Antragsteller wegen Beeinträchtigung der Gesundheit, ihres Eigentums sowie mit den allgemeinen Gesetzen, die den Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes und der Sicherung des Wohnwertes der Nachbargrundstücke dienen, sind nach den obigen Ausführungen nicht die Interessen des Antragsgegners höher zu bewerten, so auch die Ausführungen des BVerfG in einem gleich gelagerten Fall; BVerfG, Beschluß vom 11.12.1991 - 1 BvR 1541/91 u.a. in NVwZ 1992, 463 mit weiteren Nachweisen.

Ein Hinnehmen dieser Beeinträchtigungen ist den Antragstellern nicht zumutbar ebenso wie ein Abwarten, bis der Antragsgegner vollendete Tatsachen geschaffen haben wird.

Die Gefährdung der Rechte der Antragsteller sind deshalb hier aus den tatsächlichen Gründen ohne weiteres offensichtlich. Desweiteren machen wir den Verfügungsgrund durch beiliegende Eidstattliche Versicherung der Antragsteller im weiteren glaubhaft.

Zur Verdeutlichung der Problematik des vorliegenden Falles wird auf folgende gerichtliche Entscheidungen hingewiesen, die in ähnlich gelagerten Fällen bislang ergangen sind. Die dortigen Ausführungen werden vorliegend zum Sachvortrag gemacht:

- zu Art. 6 BayBO; Abstandspflichtige bauliche Anlagen, von denen Wirkungen wie von Gebäuden ausgehen:

Antennenmasten, VGH Beschl. v. 15.12.1992 Nr. 14 CS 92, 3208.

Stahlgittermasten für private Funkanlagen (wie vorliegender Fall), OVG Lüneburg v. 23.11.1982, BRS 39, 122 wegen der Gefahr des Sturzes auf das Nachbargrundstück bei Unwetter.

- zu Art. 6 BayBO; nachbarschützende Abstandsflächen vorschritt, Gebot der Rücksichtnahme auf nachbarliche Interessen, BVerwG Urt. v. 23.05.1986, BauR 1986, 542 = ZfBR 1986, 247 ff.;

Riegelwirkung oder Einmauerungseffekt, BVerwG Urt. v. 23.05.1986, aaO,

VGH Beschl. v. 28.02.1991 Nr. 20 CS 89.3243

Die vorgenachten Ausführungen und zitierten Entscheidungen verdeutlichen, daß der Antragsgegner durch sein Bauvorhaben gegen den bestehenden, geänderten Bebauungsplan sowie baurechtliche Vorschriften bereits verstößt und weiter verstoßen wird, wodurch die Rechte der Antragsteller tangiert sind und werden. Um die Rechte der Antragsteller zu sichern, ist die einstweilige Anordnung geboten.

Aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit bis zur Verwirklichung der Vollendung der Baumaßnahmen durch den Antragsgegner, der damit vollendete Tatsachen schaffen wird, wird um ungehende Eilentscheidung gebeten.

Sollte das Gericht weitere Darlegungen oder Glaubhaftmachungen für notwendig erachten, wird um unverzüglichen Hinweis gebeten.

Weidank
Rechtsanwalt